

LINKSZEITUNG



In Kassel und Europa

Gerechtigkeit geht nur mit Links

EUROPAWAHL

Im Gespräch mit
unserer hessischen
Kandidatin für Europa

1. Mai

Psychische Belastungen
durch Arbeit und
steigende Preise

MILITARISIERUNG

Friedliche Konfliktlösung
statt Werben für das
Sterben

Kinder

Spielplätze sind (k)ein Luxus

Zu laut, zu viele Autos und zu wenig schöne Spielplätze – so zeigt sich Kassel durch Kinderaugen. Die Situation ist je nach Stadtviertel unterschiedlich. Doch gerade in den ärmeren Ortsteilen begegnete uns das Thema immer wieder: Spielplätze in der Nachbarschaft sind oft nicht sicher, zu klein und verschmutzt. Manche Eltern fahren extra aus der Nordstadt in die Goetheanlage, damit ihre Kinder spielen können.

Für reichere Familien mit Spielparcours im hauseigenen Garten stellen sich solche Probleme nicht. In Gebieten, wo private Immobilienkonzerne wie Vonovia Wohnraum vermieten, ist die Spielplatzsituation oft besonders mager. Kinder wissen welche Note dafür fällig ist: ungenügend! Hier muss die Stadt dringend nachbessern mit Investitionen und flächendeckendem Angebot für alle Altersgruppen. Erst recht, weil sie ihre Hausaufgaben bei der Grundversorgung nicht erledigt hat:

Etwa 1000 Kinder stehen auf Wartelisten für einen Kitaplatz. Hortplätze kann die Stadt nur für ein Drittel der Schüler*innen in Kassel anbieten (obwohl ab 2026 alle

Anspruch darauf haben). Auf mehr guten Spielplätze könnten Kids mit anderen zusammenkommen und sich austoben. Oft sind es auch geschützte Orte im Grünen. Das ist besonders wichtig, wenn sonst Verkehrslärm ins Kinderzimmer drängt. In Kassel sind

20.000 Einwohner*innen extrem von Verkehrslärm belastet.

In den letzten drei Jahren wurden lediglich drei öffentliche Spielplätze im ganzen Stadtgebiet saniert. Das ist zu wenig. Wir werben für eine Spielplatzoffensive! ■

Wohnen

Soziale Wohnungspolitik braucht ein Zuhause

Kassel 2024 im Januar: eine alleinerziehende Mutter wird aus einer städtischen Wohnung zwangsgeräumt. Februar: Gedenken an den Mann, der beim Brand in einer Obdachlosenunterkunft ums Leben kam. März: wir unterstützten Mieter*innen in Rothenditmold, die seit Monaten von ihrem Vermieter notwendige Reparaturen fordern.

Alles keine Einzelfälle. Wohnungsnot gibt es auch in unserer Stadt. Es fehlt günstiger, angemessener Wohnraum. Immer mehr Leute müssen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben oder Familien leben in zu kleinen Wohnungen. Doch außer einer Sozialwohnungsquote von 30 Prozent, die wir für neue Bauprojekte durchsetzen konnten, gibt es kaum politische Maßnahmen. Das städtische Wohnraumversorgungskonzept reicht nicht aus und liegt außerdem in den Schubladen der Verwaltung.

Als Linke wollen wir im Neubau eine Sozialbindung von 70 Prozent, denn teure Wohnungen gibt es genug. Und statt Kommunale Wohnungen und Grundstücke zu verkaufen, müssen mehr Immobilien gemeinnützig in öffentliche Hand. Wir wollen, dass sehr bewusst entschieden wird, was, wo, von wem und für wen noch gebaut wird. Wohnpolitik kann und muss sozial und ökologisch zugleich sein.

Wie wärs, wenn wenigstens ein Teil der 200.000 Quadratmeter in leerstehenden Gebäude zu Wohnungen umgewandelt würde? Wie wärs mit einer Wohnraumagentur, die dabei hilft Immobilien besser zu nutzen? Alles klüger, als weiter Einfamilienhäuser auf der grünen Wiese zu bauen, wie es in Nordshausen, Harleshausen oder Brasselsberg geplant ist. ■

Straßenwahn vernebelt Vernunft



Neue Fahrt .. autofrei

Für Umwelt, Gesundheit und

Lebensqualität

Kaum zu glauben: Die Rathauskoalition will noch mehr Straßen durch die Innenstadt bauen damit noch mehr Verkehr durch Kassel rollt. Da werden keine Kosten und Mühen gescheut.

Andere Städte ächzen unter solchen Betonbauwerken – geplant, als man noch nicht an Grenzen des Wachstums glaubte. Große Tunnel und breite Hochbahnen, damit kein Mensch und Tier, kein Baum und Strauch die freie Fahrt stört. Verkehrspolitik aus dem Hause Daimler. Die Stadtverwal-

tung soll nun prüfen, ob das geht. Zeit, Geld und Personal für einen Spleen der FDP. Koalition der Vernunft sieht anders aus!

Wir hatten die bei unserem Verkehrswende-Forum vor Weihnachten. 50 Menschen waren da: Klimaschutz-Aktive, Gewerkschafter*innen, Fachleute, Anwohner*innen die weniger Autoverkehr wollen ...

Alle sind sich einig was nötig ist: Mehr gute Bus- und Bahn-Verbindungen für jeden bezahlbar und

bessere Arbeitsbedingungen für die Busfahrer*innen; mehr sichere Fuß- und Fahrradwege und mehr erholsame Plätze in den dicht bebauten Ortsteilen; mehr Verkehrsberuhigung und mehr Rücksicht auf Kinder und auf Menschen mit Behinderung. Solche vernünftigen Dinge sind eigentlich auch beschlossen und kommen nicht voran. Da fehlt Geld und Personal für die Umsetzung. Blöd, wenn das Auto über alles geht. ■

Desiree Becker

Unsere hessische Kandidatin für Europa

Desiree Becker, 30 Jahre jung, lebt in Gießen, hat Mathematik, Wirtschaft & Politik für Lehramt studiert und arbeitet bei ver.di – zuständig für die gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Wieso kandidierst Du für das EU-Parlament, was liegt dir am Herzen?

Ich möchte jungen Menschen eine Stimme geben, die in der Ausbildung sind oder eine Ausbildung suchen. Und ich will mich gegen schlechte, ungesicherte Arbeitsverhältnisse einsetzen. Auf der Autobahnraststätte Gräfenhausen haben LKW Fahrer gestreikt, weil sie ihren rechtmäßigen Lohn nicht bekommen haben. Sie haben Verträge mit polnischen Subunternehmen, aber sie fahren Waren für deutsche Firmen. Den „Vertragsarbeitern“ in den Schlachthöfen der deutschen Fleischindustrie geht es ähnlich. Große Unternehmen streichen Extraprofit aus der krassen Ausbeutung ein, machen sich aber nicht selber die Hände dreckig. Meine Genossin Özlem Alev Demirel macht im EU-Parlament tolle Arbeit für angemessene Mindestlöhne und Arbeitsschutz. Wir könnten noch mehr bewirken mit mehr Linken in Europa.

Wie kam es in deinem Leben dazu, dass Du Dich für Die Linke engagierst?

An der Uni ist mir klar geworden, wie viel schwerer es ist als Nicht-Akademikerkind zu studieren. Damals wurde auch das Thema Klimakrise immer größer und 2015 kamen in Gießen jeden Tag viele Geflüchtete an. Da bin ich zum ersten Mal mit Linken in Kontakt gekommen. Meine Mutter ist eine von den 25.000 „Schleckerfrauen“ die 2012 praktisch über Nacht arbeitslos wurden. Da war sie über 50 Jahre alt - ihre Berufserfahrung war plötzlich wertlos. Der Boss der Drogerie-Kette, Anton Schlecker war



für die Pleite verantwortlich und hat 70 Millionen Euro beiseite geschafft. Er wurde zwar angeklagt, aber das nützte den Frauen gar nichts. Die Beschäftigten müssen ausbaden, was die Kapitalisten verbockt haben. Die Linke kämpft als einzige Partei dafür, dass die Macht der Konzerne und Aktionäre eingeschränkt wird. Ich finde Demokratie gehört auch in die Wirtschaft.

Welche Leidenschaften hast Du neben Politik und Gewerkschaft?

Ich habe viele Freund*innen mit denen ich gerne Zeit verbringe. Und ich liebe StarTrek – eine unendliche Welt.

Du hast dich auch bei der Seenotrettung engagiert – warst du auf dem Mittelmeer?

Ich bin Mitglied im Sea Eye Verein und war bei verschiedenen Aktionen dabei. 2018 lagen mehrere Schiffe mit Geflüchteten einige Wochen bei Malta und mussten versorgt werden. Wir haben geschaut, dass mit den Menschen ordentlich umgegangen

wird, haben wir uns um die Ausstattung der Schiffe gekümmert. Und wir haben mit den Behörden gestritten, weil die Seenotrettung extra schwer machen. Ich habe es nicht ausgehalten, dass so viele Mütter, Jugendliche und Kinder so elend behandelt werden an den Grenzen der EU. Sie sind Menschen wie wir, aber sie werden entrechtet. Sie fliehen vor Kriegen, Gewalt und Not, vor den Folgen der Erderwärmung. Opfer von weltweiter

Ungerechtigkeit. Mir geht es auch darum, dass die wirklich Reichen in Europa endlich dazu beitragen, Armut und Umweltzerstörung zu bekämpfen. Ich will, dass Menschenrechte für alle gelten. Überall.

Willst du uns noch was mitgeben für die Europawahl am 9. Juni?

Ja, will ich: Wer den Rechten in Europa wirklich was entgegen setzen will, muss die Linke stärken! ■

Die Linke
Landesverband
Hessen

**Aufstehen
und hingehen**

Am 9. Juni ist Europawahl!

1. Mai

Für weniger Arbeitsstress

Der 1. Mai ist seit über 130 Jahren weltweit der Tag der Arbeiter*innenbewegung, ein Tag der Demonstrationen und Streiks. Aber auch ein Tag zum Ausruhen oder für einen Ausflug ins Grüne. Denn Ruhe ist es, was sich viele wünschen.

Die psychische Belastung von Arbeitnehmer*innen steigt seit Jahren enorm an und das hat Gründe: Zum einen steigen Preise für Miete und Lebenserhaltung, während Löhne und Gehälter meist nicht angepasst werden. Zum anderen scheitern Arbeitgeber wenn es darum geht gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, die Stress vermeiden.

Natürlich haben auch Weltgeschehen wie der Rechtsruck, die Klimakatastrophe und Kriege Einfluss auf die psychische Verfassung. Unterhält man sich mit Beschäftigten im Gesundheitssektor hört man schnell heraus, wie belastend ihre Arbeitsbedingungen sind. Auf der Tagesordnung stehen hier u.a. das Übernehmen von mehreren Schichten hintereinander, aber auch die möglichst schnelle Versorgung von Patient*innen.

Ähnlich geht es den Angestellten der Öffentlichen Verkehrsunternehmen. Das Jahr ist noch jung, aber

einige Streiks bei Bus- und Bahnunternehmen gab es bereits. Anlässlich des Klimastreiks am 01. März, wurden Kasseler Busfahrer von „Wir fahren zusammen“ interviewt. Auch sie berichten von Belastungen durch großen Workload. Der entsteht durch die Arbeitsverdichtung bei der KVG. Es fehlen Fahrer*innen, denn viele kündigen wieder, der Lohn ist nicht fair und Pausenzeiten können nicht eingehalten werden. Damit sich das

ändert, ist mehr Geld für gute Arbeit nötig.

Gerade in Sorgearbeit und in den öffentlichen Diensten brauchen wir mehr zufriedene Beschäftigte – damit es uns allen besser geht. Lasst uns am 1. Mai also auch an diejenigen denken, die nicht zur Kundgebung kommen und sich stattdessen ausruhen. Auf einen solidarischen Tag der Arbeit! ■

Caelum Schüler



Solidarität mit
Streikenden im
Öffentlichen Dienst

Gedenk- und Kulturort im geschichtsträchtigen Bau

Das ehemalige Polizeipräsidium im Königstor wurde von 1933 bis 1938 als Gestapo-Zentrale genutzt. Hier hat das Hitler-Regime die Überwachung und Verfolgung der nordhessischen Bevölkerung organisiert. In diesem Gebäude waren Menschen inhaftiert, die nicht zum „Volkskörper“ gerechnet wurden. Vor allem aber wurden hier politische Gegner der Nazis eingesperrt. Häufig war dies der Auftakt zu einem jahrelangen Leidensweg oftmals bis hin zum Tod.

Das Gebäude hat eine über 100-jährige Geschichte. Schon im Kaiserreich stand es für Machtanspruch. Der Zentralkorridor befindet sich noch weitgehend im Originalzustand. Kriegsspuren wie Einschusslöcher sind in der Fassade noch sichtbar. Eine Erinnerungstafel an die NS-Zeit wurde erst 1991 am Seiteneingang angebracht - nach jahrelangem Ringen, unter anderem mit dem hessischen Innenministerium. Bis 1999 wurde der Bau als Polizeidirektion weitergenutzt. Wahrscheinlich wird er demnächst aus Landesbesitz veräußert. Jetzt ist Zeit

für neuen Wind.

Welcher Ort in Kassel wäre besser ein „Haus der Demokratie“ zu werden? Mit einem Dokumentations- und Forschungszentrum von der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bis zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU-Komplex). Dafür setzt sich die „Initiative Gedenkort Polizeipräsidium Königstor“ ein. Außerdem wird beraten, ob sich hier auch ein

Zentrum für Kreatives, für Kultur und Begegnung verwirklichen lässt. Vieles ist möglich. Die Beteiligung von Initiativen gegen Rechts oder für Betroffene von diskriminierender Gewalt ist ausdrücklich erwünscht.

Wer sich langfristig engagieren möchte, auch mit Blick auf eine mögliche Nutzung, kann sich gerne melden unter info@gedenkort-koenigstor.de ■



Antimilitarismus

Für einen militärfreien Hessentag

Gastbeitrag von Michael Schulze von Glaßer

Zum 1300-jährigen Bestehen findet vom 24. Mai 2024 bis zum 2. Juni 2024 in Fritzlar der „Hessentag“ statt - eines der größten Volksfeste unseres Bundeslands.

Über 50.000 Besucherinnen und Besucher werden täglich erwartet. Auf sie warten Bühnenshows, Kon-

zerte, Essens- und Verkaufsstände - und das Militär! Einer der größten Aussteller*innen beim „Hessentag“ in Fritzlar soll die Bundeswehr sein - so ist es vom Land Hessen vorgegeben und so will es die Stadt Fritzlar als Veranstalterin erfüllen.

Neben Werbe-Trucks ist auch die

Ausstellung von Militärfahrzeugen geplant. Die letzten Landestage haben bereits gezeigt, wie dies aussieht: Ganze Schulklassen wurden 2023 im südhessischen Pfungstadt mit Bussen zum „Platz der Bundeswehr“ auf den Hessentag gebracht, bekamen einen Rundgang über

die Waffenschau und konnten mit „Karriereberater*innen“ der Armee sprechen. Besucher*innen konnten Werbebroschüren mitnehmen oder sich in Panzer und Kampfhubschrauber setzen. Und in einem Feldpostamt konnte man Briefe an Soldat*innen in Auslandseinsätzen schicken. Dagegen gab es in Pfungstadt Proteste – und auch in Fritzlar gibt es welche.

Linksjugend solid

Krieg ist nicht „normal“

Wir wollen lernen, wie Konflikte mit friedlichen Mittel gelöst werden können. Wir wollen uns auf gewaltfreie Zusammenarbeit vorbereiten. Und wir wollen für eine klimagerechte Gesellschaft sorgen – dafür müssen wir gebildet werden!

Die Bundesbildungsministerin aber will, dass wir auf den Kriegsfall vorbereitet werden. Dazu will sie Jungoffiziere an Schulen einsetzen. Und es soll ein „neutrales“ Bild der Bundeswehr vermittelt werden. Sie sagte: „Die Gesellschaft muss sich insge-

Und zwar schon vorab:

Die nordhessische Regionalgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) fordert einen Hessianstag ohne Militär. Mindestens solle die Bundeswehr aber auf eine Waffenschau und auf die Organisation von Schulausflügen verzichten. Dafür gab es bereits mehrere Infostände in Fritz-

samt gut auf Krisen vorbereiten – von einer Pandemie über Naturkatastrophen bis zum Krieg“.

Wir sagen: Der soziale Friedensdienst müsste mal in die Schule kommen. Auch Konfliktforscher, Ärzte ohne Grenzen oder medico international. Es gibt Organisationen, die viel Erfahrung und Wissen haben, wie am Frieden gearbeitet wird. Militarismus löst unsere Zukunftsprobleme nicht. Wir fordern: Schluss mit kriegsvorbereitenden Maßnahmen an Schulen!

lar – auch unterstützt von der Linken im Schwalm-Eder-Kreis. Am Samstag, dem 25. Mai 2024, wird es dann auf dem Hessianstag selbst eine Demonstration gegen das Militärspektakel geben. ■

Michael Schulze von Glaßer ist Bundesgeschäftsführer des DFG-VK

Diese Beeinflussung von Kindern und Jugendlichen ist nicht ok.

Als linke Jugend solid organisieren wir uns. Gemeinsam sind wir stärker und klüger. Jeden Dienstag um 16 Uhr haben wir ein offenes Treffen im Parteibüro „die LINKE“ Kassel, in der Schillerstraße 21. Kommt vorbei, bringt eure Ideen und Energie mit.

Und alle ab 16 - erhebt eure Stimmen zur Europawahl am 9. Juni. Geht wählen! Wir zählen auf euch!

■ **Michael Hancock**



Demokratieverlust

Frust im Rathaus

Verschiedene Meinungen gibt es überall. Trotzdem ist es normal, dass gemeinsame Entscheidungen getroffen werden: Jede*r trägt Wünsche und Argumente vor, es wird diskutiert, abgewogen und nach der besten Lösung gesucht. Manchmal wird abgestimmt und die Mehrheit zählt. So ist das in Vereinen, im Ortsbeirat, bei der Gewerkschaft, in der Klimagruppe oder beim Seniorenbeirat.

Friedlicher Protest gegen

Aufrüstung und Militarisierung

vor Krauss-Maffei Wegmann

In der Kasseler Stadtverordnetenversammlung ist es leider ganz anders. Hier bildet derzeit eine „Jamaika-Koalition“ die Mehrheit: Die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP haben zusammen 38 der 71 Sitze. Jede hat Dezernatsposten und jede kriegt ihr Lieblingsprojekt, weil vorher schon verabredet ist, dass die Koalition zustimmt. Auch, wenn es nicht zusammen passt.

Die Grünen wollen Verkehrsversuche, damit weniger Autos die Innenstadt verstopfen. Die FDP will den Neubau von Autostraßen und die CDU will mehr Kontrolle von Personen, aber nicht von Rasern. Im Koalitionsvertrag steht außerdem, dass einem Antrag der Opposition nur zugestimmt werden darf, wenn alle drei Partner dafür sind. Wenn einer nö sagt, dann nützt die beste Begründung nichts.

Zum Beispiel zeigt ein Leerstands-Kataster, wo Platz für günstige Wohnungen wäre. Das kommt aber nicht, weil die vier von der FDP dagegen sind. Obwohl 20 Grüne, 18 SPDler*innen plus sieben Linken eine breite Mehrheit darstellen.

Wir hatten kürzlich beantragt, dass die KVG auf Strafanzeigen verzichten, wenn Leute ohne gültigen Fahrschein erwischt werden. Die Grünen wollen explizit dasselbe, stimmten aber da-

gegen. Weil die CDU Gefängnisstrafen will.

Es ist keine demokratische Kultur, wenn Argumente aus Prinzip weg gestimmt werden. Da verlieren selbst

engagierte Menschen die Lust an Kommunalpolitik. Wechselnde Mehrheiten wären überzeugender und auch mal überraschend. ■

Termine

24. Mai 2024 von 15-20 Uhr „Konzerne statt Grenzen regulieren“ - Veranstaltung zum Europawahlkampf - Opernplatz

Mit Carola Rackete, David Stoop, Kandidierende fürs Europaparlament für Die Linke. Mit spannenden Reden und Austausch, Essen, Kinder- und Kulturprogramm. Veranstaltungsort: Opernplatz

31. Mai. Demokratiekonferenz in der Nordstadt

In der Friedrich-Wöhler-Siedlung in der Kasseler Nordstadt findet eine Demokratiekonferenz mit verschiedenen Akteur*innen aus dem Stadtteil und ihren Bewohner*innen statt. Ab 15 bis 19 Uhr wartet ein buntes Programm auch mit Essen und Trinken auf Besucher*innen. Parteien sind eingeladen zu kommen und den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zuzuhören und sich ihren Fragen zu stellen.

31. Mai - 01. Juni: Ratschlag zur sozial-ökologischen Transformation der Mobilitätsindustrien in Kassel

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereitet in Kooperation mit weiteren Partner*innen einen Ratschlag zum Zustand der Automobilindustrie und zum Prozess der Transformation der Mobilitätsindustrien vor. Infos unter www.rosalux.de

Probleme mit ALG 1, Bürgergeld, Wohngeld, Sozialhilfe, Rente oder Energiekosten...?

Kostenlose Sozialsprechstunden mit Fachleuten

Mittwochs 14-16 Uhr
Ort: Parteibüro, Schillerstr. 21
Anmeldung: 0561-9201503

Donnerstags 14-16 Uhr
Telefonisch, Linksfraktion unter
0561-7873314

Energiekostenhotline, Mo-Fr
16 bis 18 Uhr unter
0561-9201505



sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass
11. aktualisierte Auflage



DIE LINKE.
Initiativen Kassel

Die Linke ist in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung mit sieben Stadtverordneten sowie zwei ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern vertreten. Mehr Informationen zu unserer Arbeit vor Ort gibt es unter

www.linksfraktion-kassel.de

Neben unseren parlamentarischen Initiativen kann dort auch die Linkszeitung gelesen und heruntergeladen werden.

